

soeb 3

Exklusive Teilhabe – ungenutzte Chancen

Dritter Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung
in Deutschland



soeb-Abstracts zu den Berichtskapiteln

Kapitel 1: Das Potenzial für Teilhabe – Spielräume und Risiken

Das Produktions- und Sozialmodell in Deutschland wird durch eine Vielzahl von Entwicklungslinien (Megatrends) beeinflusst, die in ihrer Richtung und Stärke unterschiedlich verlaufen und sich gegenseitig überlagern, hemmen, ausgleichen oder verstärken. So wechseln sich nach der Wiedervereinigung gute konjunkturelle Lagen mit scheinbar häufiger auftretende Krisen („Dotcom-Blase“, Finanz- und Wirtschaftskrise) und anhaltenden Phasen der Stagnation ab. Der demografische Wandel ändert sich zweimal in Struktur und Richtung. Gleichzeitig gewinnt der Export weiter an ökonomischer Bedeutung, geopolitische Krisen füllen die Nachrichten. Die Reformen des Steuerrechts und des Sozialversicherungssystems schaffen unterdessen grundlegende Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene. Die Bedingungen, unter denen sich Teilhabe realisieren kann, haben durch die Überlagerung der zahlreichen Einflussfaktoren eine Zäsur erfahren: Nach einer Phase der Verschlechterung bis 2006 haben sie sich anschließend positiv entwickelt und erreichen 2016 hohe Werte. Gleichzeitig nehmen die Risiken (Eurokrise, Finanzmarkt, geopolitische Situation) zu, sodass die aktuell guten Teilhabebedingungen fragil sind. Bereits auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene zeigt sich, dass sie für verschiedene Beschäftigtengruppen und Haushaltstypen ungleicher werden.

Autor/inn/en: Peter Bartelheimer/Thomas Drosdowski/Britta Stöver/Marcel Tyrell/Ingo Wolter

Kapitel 2: Wie Teilhabe produziert wird

Das Kapitel beschreibt, wie gesellschaftlich gegebene Teilhabebedingungen in (unterschiedlich weitreichende) individuelle Teilhabe umgewandelt werden. Individuelle Erwerbsbeteiligung nimmt bei dieser Umwandlung insbesondere für Frauen einen immer wichtigeren Platz ein, während andere Wege der Bedarfsdeckung wie die Umverteilung im Haushalt oder durch soziale Sicherungssysteme zusehends weniger Teilhabe vermitteln. Diese (relative) Aufwertung der Erwerbsarbeit für sozioökonomische Teilhabe steht in einem Spannungsverhältnis zur nachlassenden integrativen Kraft des Erwerbssystems für Teile der Erwerbsbevölkerung. Die sowohl politisch forcierte als auch individuell häufig erwünschte Ausweitung der Erwerbsbeteiligung mündet in verschiedensten Formen der Beschäftigung und insbesondere in höchst unterschiedlichen Lohnbedingungen. Die wachsende Heterogenisierung des Erwerbssystems führt deshalb zur Polarisierung von Teilhabepositionen. Ferner verstärkt die Zunahme der Erwerbsbeteiligung Engpässe in der Reproduktion, also bei der Wiederherstellung individueller und gesellschaftlicher Arbeitskraft.

Autor/in: René Lehweß-Litzmann/Ortrud Leßmann

Kapitel 3: Individuelle Teilhabemuster: Verschiedenheit und Ungleichheit

Die gesellschaftlichen Möglichkeitsräume werden von Individuen unterschiedlich genutzt, weil sie unterschiedliche Präferenzen haben oder ihnen Teilhabemöglichkeiten versperrt sind. Der Verbund untersucht individuelle Teilhabeergebnisse auf drei verschiedenen Dimensionen: materielle Teilhabe (Einkommen, Vermögen, Konsum), Erwerbsbeteiligung und Teilhabe an sozialen Nahbeziehungen. Insgesamt nimmt die Teilhabe an Erwerbsarbeit zu. Es zeigt sich jedoch ein Rückgang von integrativen Bildungs- und Arbeitsmarktverläufen sowie die Zunahme von Beschäftigung mit prekärem Potenzial, insbesondere bei niedriger Bildung, Frauen, jüngeren Kohorten und Ostdeutschen. Zudem wird ein Ausstieg aus Erwerbsprekarität und Arbeitslosigkeit unwahrscheinlicher. Die Verteilung der Primär- und Sekundäreinkommen wird ungleicher, besonders betroffen sind Ostdeutsche, Alleinerziehende und Arbeitslose. Zudem ist zukünftig – vor allem bei Frauen – mit mehr Altersarmut zu rechnen. Frauen-Verläufe sind stärker durch soziale Nahbeziehungen definiert, und Rentner/innen partizipieren mehr an sozialen Beziehungen. Einkommensprekarität und Armut führen jedoch zu Trennungen und zum Rückzug aus Sozialkontakten.

Autorin: Andrea Hense

Kapitel 4: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1991 bis 2030

Die wirtschaftliche Situation hat sich in Deutschland seit der Wirtschafts- und Finanzkrise stark verbessert und wird künftig weiterhin gut bleiben. Die Bevölkerung wird nach 2020 zurückgehen; die Alterung setzt sich fort. Dadurch nimmt die durchschnittliche Erwerbsneigung der Bevölkerung ab. Zu den verbesserten makroökonomischen Teilhabebedingungen hat auch der Erfolg im Export beigetragen, allerdings um den Preis zusätzlicher Risiken im Außenhandel. Für die Zukunft werden steigende reale Konsumausgaben pro Haushalt erwartet. Dennoch wird immer weniger der Wirtschaftsleistung für den privaten Konsum aufgewendet. Gleichzeitig steigt der Anteil der Dienstleistungen am Konsum. Der Strukturwandel des Arbeitsmarktes von der Landwirtschaft und dem Produzierenden Gewerbe in die Dienstleistungsbereiche wird sich fortsetzen, wie auch die Entkopplung von Erwerbstätigenzahlen und Wertschöpfung. Das ermöglicht pro Kopf höhere Lohnzahlungen, deren Spreizung zwischen den Branchen weiter zunimmt. Unter den Bundesländern ist ein langsamer, aber gleichmäßiger Konvergenzprozess zu beobachten und zu erwarten. Werden die sozioökonomischen Indikatoren zum Teilhabebedingungsindex (TBI) zusammengefasst, zeigt sich für die nächsten fünf Jahre eine Verbesserung der aktuellen Situation. Nach 2025 nehmen die Zuwachsraten des Index langsam ab, bleiben aber immer noch über dem Niveau der 2000er Jahre.

Autor/inn/en: Thomas Drosdowski/Anke Mönnig/Britta Stöver/Phillip Ulrich/Marc Ingo Wolter/Michael Kalinowski/Carsten Hänisch

Kapitel 5: Risikoverlagerung nach der Finanzkrise

Der Beitrag untersucht auf Basis von Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Strukturdaten zu den einzelnen Sektoren, welche Veränderungen es in der Finanzstruktur in Deutschland seit dem Jahr 1990 gab, wobei als Referenzpunkt auch die Entwicklungen in anderen europäischen Ländern und den USA herangezogen werden.

Es zeigt sich, dass sich der Unternehmenssektor insbesondere ab dem Jahr 2000 und verstärkt noch nach der Finanzkrise massiv entschuldet hat, was zu einer zunehmenden Unabhängigkeit des Sektors von Banken geführt hat. Das betrifft sowohl Großunternehmen als auch KMUs.

Private Haushalte sichten Teile ihrer Anlage von Banken zu Nichtbankfinanzintermediäre und Versicherungen um. Der Vermögensanteil von Finanztiteln bei privaten Haushalten bleibt im Aggregat konstant, nur vermögende Haushalte steigern diesen Anteil, was zu einer einseitigen Vermögenszunahme führt. Gleichzeitig werden vermögensschwache Haushalte durch eine Zunahme an Immobilienkrediten mit einer Risikozunahme konfrontiert.

Eine Verlängerung der Intermediationsketten deutet auf eine zunehmende Integration der internationalen Finanzmärkte hin, welches mit einer zunehmenden Krisenanfälligkeit und einer Risikozunahme resultierend aus Ansteckungseffekten des deutschen Finanzsystems einhergehen kann.

Autoren: Marcel Tyrell/David Zimmermann

Kapitel 6: Wie viel „Finanzmarktkapitalismus“ gibt es in Deutschland?

Wem die Unternehmen gehören, wie und von wem die Unternehmensleitung beaufsichtigt wird und wie verschiedene Anspruchsgruppen auf die Unternehmenspolitik Einfluss nehmen können, stellt ein zentrales Element einer sozioökonomischen Formation dar. Seit den 1990er Jahren stellt die Finanzialisierung des Unternehmens bzw. die Herausbildung eines „Finanzmarktkapitalismus“, in dem börsennotierte Unternehmen in institutionellem Streubesitz dominieren, eine Tendenz des sozioökonomischen Wandels dar. Diese wird als Abkehr vom „organisierten Kapitalismus“ der Nachkriegsformation interpretiert, die womöglich mit Wachstums- und Innovationsschwäche und verschlechterten Teilhabechancen einhergeht. Wie auch immer diese Effekte und ihre Verursachung zu beurteilen sind, schon der Grad der Verbreitung der Finanzialisierung ist strittig. Der Beitrag prüft daher anhand zentraler Indikatoren der Kontroll-Finanzialisierung für den Zeitraum von 1990 bis zum aktuellen Rand, inwieweit sich die Finanzmarktkapitalismus-Konstellation überhaupt durchgesetzt hat. In der Gesamtschau verschiedener Dimensionen der Finanzialisierung kann man für Deutschland in den 1990er Jahren einen Finanzialisierungsschub konstatieren, der aber eine begrenzte Reichweite hat und in seinen Wirkungen durch Gegenbewegungen und widersprüchliche Elemente modifiziert wird. Der Beitrag diskutiert, welche Schlussfolgerungen aus dieser Diagnose für die Frage nach den Ursachen der Erosion der Teilhabechancen zu ziehen sind.

Autoren: Michael Faust/Lukas Thamm

Kapitel 7: Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten

Das Kapitel behandelt die Entwicklung von vereinbarten, tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeiten und analysiert deren Veränderung im Zeitverlauf für unterschiedliche Beschäftigtengruppen und Haushaltstypen. Die Analyse zeigt eine zunehmende Heterogenität der im Zeitverlauf tendenziell kürzer werdenden Arbeitszeiten sowie eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland. Normgeprägte Arbeitszeiten werden seltener gewünscht und realisiert. Die stärksten Veränderungen zeigen sich bei den Arbeitszeiten der Frauen. Entscheidende Einflussgrößen sind die sich wandelnde geschlechtsbezogene Arbeitsteilung sowie arbeitsmarktbezogene und betriebliche Faktoren. Die Realisierung von Arbeitszeitwünschen gelingt häufig nicht und ist im Zeitverlauf auch nicht leichter geworden.

Autor/in: Peter Sopp/Alexandra Wagner

Kapitel 8: Erwerbsverläufe in Ost- und Westdeutschland nach der Krise

Erwerbsverläufe werden mittels Kennzahlen analysiert, die auf Basis tagesgenauer administrativer Daten über einen Ausschnitt von fünf Jahren berechnet werden. Es zeigen sich Unterschiede je nach Geschlecht und Alter bzw. Kohorte: Eine deutlich bessere Erwerbsintegration von Männern im Vergleich zu Frauen, aber erst ab der Haupterwerbsphase. Eine Entschleunigung des Erwerbsverlaufs mit dem Alter, d.h. weniger Fluktuation bei Älteren. Besonderes Augenmerk gilt regionalen Unterschieden: 20 bis 25 Jahre nach dem Mauerfall müssen Beschäftigte im ostdeutschen Arbeitsmarkt immer noch mehr leisten, um dabei weniger zu erreichen. In der Frage, ob die höhere ostdeutsche Erwerbsbeteiligung als Vorbild dienen kann, wird lange Teilzeit für Paare anstatt des Doppel-Vollzeit-Modells ins Gespräch gebracht.

Autor: René Lehweß-Litzmann

Kapitel 9: Teilhabe im Lebensverlauf – Deutschland im Vergleich

Erwerbs- und Lebensverläufe von Frauen und Männern und die damit verbundenen geschlechtsspezifischen individuellen Teilhabemuster im Erwerbsleben und in sozialen Nahbeziehungen im Lebensverlauf stehen im Mittelpunkt dieses Kapitels. Untersucht wird mit den Daten von Sharelife für 1907 bis 1953 Geborene wie sich Teilhabe am Erwerbsleben und in sozialen Nahbeziehungen im Lebensverlauf darstellt, in Verlaufstypen findet und wie sich diese Typen auf bestimmte Personengruppen verteilen.

Analysiert werden Erwerbs- und Lebensverläufe in Deutschland und es werden Erwerbs- und Lebensverläufe in Deutschland, Spanien, Schweden, die Schweiz und Tschechien gemeinsam betrachtet. Im Ergebnis zeigt sich für Deutschland, dass die Differenzierung von Erwerbs- und Lebensverläufen bei Frauen aller Kohorten grundsätzlich stärker als bei Männern ist und im Kohortenvergleich eher bei Frauen als bei Männern zunimmt. Es finden sich Verlaufstypen, die sich für die beobachteten Kohorten sehr stark nach Ost und West unterscheiden. Die strukturelle Rahmung bedingt für Frauen aus Westdeutschland eher Lebensverlaufstypen mit stärkerer Teilhabe an sozialen Nahbeziehungen, jedoch mit zunehmender Erwerbsteilhabe. Frauen aus Ostdeutschland haben demgegenüber wahrscheinlicher Verläufe mit einer Hauptorientierung an Erwerbsteilhabe durch Vollzeiterwerbstätigkeit mit gleichzeitiger Teilhabe an sozialen Nahbeziehungen. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, dass die Zugehörigkeit zu bestimmten Lebensverlaufstypen bestimmt wird durch sehr gute Bildung bzw. eine gute soziale Herkunft aber auch durch gemeinsam erlebten sozialen und ökonomischen Wandel durch historische Ereignisse, denen die Geburtskohorten ausgesetzt waren.

Im Vergleich der Teilhabe in den Erwerbs- und Lebensverläufen in Deutschland, Spanien, Schweden, die Schweiz und Tschechien konnten sieben verschiedene Lebensverlaufstypen mit unterschiedlich intensiver Erwerbsteilhabe oder Teilhabe an sozialen Nahbeziehungen im Lebensverlauf extrahiert werden. Sie zeigen, dass die jeweilige Regulierung, die damals in Ost- und Westdeutschland aber auch in den verschiedenen europäischen Ländern sehr unterschiedlich war, große Erklärungskraft für die Ausgestaltung eines Erwerbs- und Lebensverlaufs haben. Aber auch die soziale Herkunft und eine eigene hohe Bildung strukturieren den weiteren Lebensverlauf stark. In einem multivariaten Modell haben sie hohe Erklärungskraft für den letztendlich gelebten Erwerbs- und Lebensverlauf, unter Kontrolle aller übrigen Merkmale, also auch der Länderzugehörigkeit. Allerdings scheint sich dies über die Zeit zu verändern, denn in allen Analysen führt die Zugehörigkeit zur jeweils „jüngsten Kohorte“ zu Erwerbs- und Lebensverläufen, die weniger stark durch nationale Regulierungen als eher durch europaweite „Umbruchs“-Veränderungen, wie beispielsweise die zunehmende ökonomische Liberalisierung und Globalisierung geprägt sind.

Ob die Erwerbs- und Lebensverläufe mit den entsprechenden Teilhabeergebnissen der noch jüngeren Kohorten, also nach 1953 Geborenen, unabhängig vom nationalen Regulierungssystem, noch größeren Veränderungen ausgesetzt werden oder ob bei den jüngeren Kohorten möglicherweise ausschließlich individuelle Merkmale die Lebensverläufe strukturieren, bleibt zu prüfen.

Autorin: Tanja Schmidt

Kapitel 10: Subjektive Prekaritätswahrnehmung: Soziale Ursachen und Folgen

Die selbst wahrgenommene Gefährdung der eigenen Erwerbsbeteiligung und materiellen Teilhabe (Beschäftigungs- und Einkommensprekarität) informiert darüber, inwiefern in der Bevölkerung Probleme bei der sozioökonomischen Teilhabe gesehen werden. Mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels wird untersucht, wie sich die Prekaritätswahrnehmung in Ost- und Westdeutschland entwickelt, welche Bevölkerungsgruppen sich als mehr oder weniger prekär wahrnehmen, und welche Folgen dies auf soziale Nahbeziehungen hat. Die Prekaritätswahrnehmung ist bei Höherqualifizierten, Beamt/innen, größeren finanziellen Ressourcen oder einer höheren Erwerbsbeteiligung im Haushalt niedriger. Bei Arbeiter/innen, einer niedrigeren beruflichen Stellung, Kindern aus Arbeiter/innenfamilien und befristet Beschäftigten ist sie höher. Eine steigende Arbeitslosenquote sowie kommodifizierende sozialstaatliche Maßnahmen werden als Bedrohung für die sozioökonomische Teilhabe erlebt. Einkommensprekarität erhöht die Scheidungswahrscheinlichkeit und macht es unwahrscheinlicher, dass Paare zusammenziehen oder heiraten. Beschäftigungsprekarität erhöht bei Frauen die Wahrscheinlichkeit der gemeinsamen Haushaltsgründung.

Autorin: Andrea Hense

Kapitel 11: Betriebliche Beschäftigungssysteme und ungleiche Erwerbschancen

Einen wichtigen Faktor für chancen- oder risikoreiche Erwerbsverläufe stellen betriebliche Beschäftigungssysteme dar, die sich hinsichtlich der qualifikatorischen Arbeitsanforderungen und je nach Verfügbarkeit des benötigten Personals unterscheiden. Der Beitrag verdeutlicht eine Dualität im Beschäftigungssystem, welche die Möglichkeiten der Erwerbsteilhabe beeinflusst. Der Anteil betrieblich geschlossener Beschäftigungssysteme, die eine hohe Beschäftigungsstabilität ermöglichen, ist gesunken, während offene Beschäftigungssysteme an Bedeutung gewonnen haben. Für Individuen ist dies voraussetzungsvoll, da in den eher offenen Bereichen des Beschäftigungssystems berufliche Qualifikationen stetig aufrechterhalten und erweitert werden müssen, um eine dauerhafte Erwerbsteilhabe sicherzustellen.

Autoren: Matthias Dütsch/Olaf Struck

Kapitel 12: Über Ausbildung in Arbeit? Verläufe gering gebildeter Jugendlicher

Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass besonders in Deutschland eine berufliche oder akademische Erstausbildung eine Voraussetzung für den gelingenden Berufseinstieg und die stabile Arbeitsmarktintegration darstellt. Im Gegensatz zur Mehrheit vorliegender quantitativer Studien zu Übergängen von der Schule in die Ausbildung sowie von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt, wird in diesem Beitrag nicht nur der punktuelle Zustandswechsel, sondern die Struktur von Ausbildungs- und Erwerbsverläufen über einen Zeitraum von zehn Jahren nach dem Verlassen der Schule untersucht. Im Fokus stehen historische Entwicklungen typischer Verlaufsmuster von gering qualifizierten Jugendlichen. Die Ergebnisse auf Basis der Daten der Erwachsenenkohorte des Nationalen Bildungspanels zeigen erstens eine Zunahme an befristeten Beschäftigungsverläufen sowie Verläufen, die eine Exklusion vom Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt darstellen für die Gruppe der Jugendlichen mit höchstens Hauptschulabschluss oder mit mittlerem Abschluss. Zweitens wächst die Bedeutung des Schulabschlusses für die Wahrscheinlichkeit, einen Exklusionsverlauf anstelle eines integrativen Ausbildungs- und Erwerbsverlaufs aufzuweisen.

Autorinnen: Meike Baas/Veronika Philipps

Kapitel 13: Einkommen und Vermögen: Trend zu mehr Ungleichheit hält an

Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Probleme seit dem Ende der Ära der Vollbeschäftigung Mitte der 1970er Jahre, des demografischen Strukturwandels und des Transformationsprozesses nach der deutschen Wiedervereinigung ist die Verteilung der Primäreinkommen ungleicher geworden. Parallel dazu setzte ein restriktiv ausgerichteter Reformprozess im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein, so dass auch die Ungleichheit der Sekundärverteilung und das Ausmaß relativer Einkommensarmut zugenommen haben. Letztere ist allein in der ersten Dekade dieses Jahrtausends von etwa 10 % auf fast 14 % gestiegen, was auf rückläufige Effekte aller Teilhabemechanismen zurückzuführen ist. Auch wenn neben dem Einkommen das – noch wesentlich ungleicher verteilte – Vermögen in einem Schichtungsmodell berücksichtigt wird, ergibt sich eine allmählich zunehmende Spreizung der Wohlstandsverteilung. Als die am stärksten und zunehmend von Armut betroffene Gruppe erweist sich die Bevölkerung in Arbeitslosenhaushalten. Am anderen Ende der Skala sind die Reichtumsquoten moderat gestiegen. Eine nachhaltige Umkehr des Trends zunehmender Ungleichheit zeigt sich selbst bei neuerdings insgesamt tendenziell verbesserten makroökonomischen Teilhabebedingungen nicht.

Autorin: Irene Becker

Kapitel 14: Unsichere Beschäftigung und Prekarität – im Lebensverlauf und im Haushalt

In diesem Kapitel werden auf der Basis von Mikrodaten Haushalts- und Familienstrukturen, Beschäftigungsverhältnisse mit prekärem Potenzial und materielle Teilhabe aus der Querschnitts- und der Lebensverlaufsperspektive beschrieben. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse des Zusammenhangs zwischen individuellen Beschäftigungsverhältnissen mit prekärem Potenzial und materieller Teilhabe auf der Haushaltsebene. Insbesondere geht dieses Kapitel der Fragestellung nach, inwiefern ein Privathaushalt – als eine Instanz der Wohlfahrtsproduktion – Schutz vor „Armut“ oder „gefährdeter Teilhabe“ bieten kann, wenn sich ein Haushaltsmitglied in prekärer oder unsicherer Beschäftigung befindet.

Das Kapitel beschreibt zunächst die notwendige Differenzierung von prekärer Erwerbsarbeit und prekärer Lebenslage. Prekäre Erwerbsarbeit bezieht sich immer auf individuelle Beschäftigungsverhältnisse. Erwerbspersonen mit einem solchen Beschäftigungsverhältnis sind damit einem besonderen Prekaritätsrisiko ausgesetzt, bzw. diese Beschäftigungsverhältnisse besitzen ein „prekäres Potenzial“. Präkäres Potenzial entsteht demnach im Erwerbsbereich im Rahmen der individuellen Arbeitsstelle. Eine prekäre Lebenslage kann jedoch erst auf der Ebene der Haushalte beschrieben und gemessen werden. Innerhalb des Haushalts kann jedoch unter Umständen das prekäre Potenzial kompensiert werden. Ist diese Kompensation des prekären Potenzials im Haushalt nicht möglich, realisiert es sich als eine prekäre Wohlfahrtslage, und die materielle Teilhabe ist gefährdet.

Die Ergebnisse zeigen, dass individuelle Beschäftigungsverhältnisse mit prekärem Potenzial kontinuierlich zugenommen haben, während parallel eine Abnahme von Arbeitslosigkeits- und Nichterwerbstätigkeitsraten zu verzeichnen ist. Damit einher geht aber auch ein geringfügiger Anstieg von Beschäftigungsverhältnissen ohne prekäre Merkmale in der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 30 bis unter 60 Jahren.

Die Quote von Haushalten in prekären Lebenslagen ist stabil und unterliegt im Zeitverlauf nur leichten Schwankungen. Über Sequenzmusteranalysen lassen sich Verlaufstypen mit dauerhafter gefährdeter Teilhabe identifizieren, die auf prekäre Beschäftigungsverläufe und fehlende Sicherungsleistungen durch andere Haushaltsmitglieder zurückzuführen sind. Es werden insbesondere geschlechts- und regionsspezifische Unterschiede sichtbar.

Autor/in: Jan Goebel/Anita Kottwitz

Kapitel 15: Teilhabe auf Grundsicherungsniveau – Verläufe, materielle und erlebte Lage

Vor mehr als 10 Jahren trat die letzte große Sozialreform, das Zweite Sozialgesetzbuch in Kraft. SGB-II-Leistungen erhalten nur hilfebedürftige Menschen, die ihren eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familienmitglieder nicht aus eigenen Einkünften bestreiten können. Das Gesetz setzt an der Fürsorge für Personen zur Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums bei gleichzeitiger aktivierender Arbeitsförderung an. Es zielt auf Eigenverantwortung der Leistungsbeziehenden an, ihren Lebensunterhalt (zukünftig) selbstständig bestreiten können ab. Die Umsetzung des SGB II erfolgt in den Jobcentern, die derzeit rund sechs Millionen Menschen durch Leistungen unterstützen und die Erwerbsverläufe und Teilhabechancen dieser Menschen maßgeblich mitbestimmen.

Das Kapitel umfasst drei Schwerpunkte, denen Auswertungen aus einer Reihe von Datensätzen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zugrunde liegen. Einer der Schwerpunkte sind die Analysen der zeitlichen Muster des SGB-II-Leistungsbezugs. Sie umfassen die Typisierung der zahlreichen individuellen Muster und die Betrachtung der Erwerbskonstellation von Paaren vor und nach Phasen des SGB-II-Leistungsbezugs. Bei vielen Paaren hängt die Überwindung des SGB-II-Leistungsbezugs von der Erwerbstätigkeit des Mannes als Familienernährer ab. Weiterhin werden Betriebswechsel bei erwerbstätigen Leistungsbeziehenden analysiert um herauszufinden, welche Rolle diese für das Verlassen des Bezugs spielen. Nicht jeder Betriebswechsel mündet in ein stabiles Beschäftigungsverhältnis, jedoch sind diese meist mit einem höheren Stundenlohn verbunden. Der zweite Schwerpunkt widmet sich den Teilhabewirkungen des SGB II.

Leistungsbeziehende leiden unter einer Teilhabelücke hinsichtlich ihres subjektiven Empfindens und ihres Lebensstandards, die sich in den letzten Jahren verkleinert zu haben scheint. Allerdings ergeben sich aus den Analysen qualitativer Längsschnittdaten im dritten Schwerpunkt, dass trotz dieses Trends Teilgruppen mit verschlechterten Lebensbedingungen und nach wie vor großem „Leidensdruck“ bestehen.

Autor/inn/en: Dana Müller/Anja Wurdack/René Lehweß-Litzmann/Natalie Grimm/Holger Seibert

Kapitel 16: Wie das Rentensystem Erwerbsbiografien würdigt

Teilhabe durch Erwerbsarbeit und sozialstaatliche Leistungen sind eng miteinander verwoben: Die Höhe gesetzlicher Renten hängen von der gesamten vorgelagerten Erwerbskarriere und deren Anerkennung für Rentensprüche ab. Auf Basis von Informationen aus den individuellen Rentenkonten bei der gesetzlichen Rentenversicherung wird in diesem Beitrag die gesamte rentenrechtlich relevante Erwerbsbiografie vom Alter 17 bis in das Einmünden in eine Alters- oder Erwerbsminderungsrente rekonstruiert, unterschiedliche Erwerbsverlaufsmuster identifiziert und diese bezogen auf die Rentenhöhe und soziale Merkmale differenziert ausgewertet. Im direkten Vergleich weisen Personen mit Erwerbsminderungsrente nicht nur niedrigere Renten, ein wesentlich früheres Verrentungsalter und längere Krankheitsphasen, sondern auch frühere und längere Phasen der Arbeitslosigkeit als Altersrentnerinnen und -rentner auf. Aber in beiden Gruppen, den Altersrentnerinnen und -rentnern als auch unter den Erwerbsgeminderten, stellen jahrelange Phasen der Arbeitslosigkeit und die verschlechterte rentenrechtliche Anerkennung dieser Episoden einen wesentlichen Grund für die niedrigen Renten dar. Zudem wirkt sich längere Arbeitslosigkeit wiederum negativ auf spätere Erwerbschancen und Einkommen auf, so dass hier von einer kumulierenden Benachteiligung gesprochen werden muss. Betroffen sind neben Geringqualifizierten allgemein insbesondere Ostdeutsche und in den alten Bundesländern Zugewanderte. Teils mehrere Jahrzehnte andauernde Nicht-Erwerbsphasen in Form von Familienarbeit, wie sie immer noch, wenn auch mit abnehmendem Trend, gut drei von zehn Altersrentnerinnen aufweisen, ist mit anschließender Erwerbsarbeit (Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung) assoziiert, die nur unterdurchschnittliche Rentenanwartschaften einbringen. Die rentenrechtliche Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung und nichterwerbsmäßiger Pflege federt die negativen finanziellen Konsequenzen zwar nach dem Renteneintritt etwas ab, für die eigenständige Sicherung eines Lebensstandards jenseits der Armutsgefährdung reicht dies ohne das Einkommen eines Partners oder Sozialtransfers jedoch kaum. Unter erwerbsgeminderten Rentnerinnen und Rentnern ist nur jede Zweite im Haushaltszusammenhang *nicht* armutsgefährdet.

Autorinnen: Janina Söhn/Tatjana Mika

Kapitel 17: Einkommen, Konsum und Sparen: Haushaltstypen, Projektion und Szenarien

Die Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Haushaltsgruppen in Deutschland bestehend zukünftig weiter fort und führen zu ungleichen Entwicklungen im Konsum. Die Arbeitnehmerhaushalte erhöhen aufgrund günstiger Lohnentwicklung ihren relativen Abstand zu Nichterwerbstätigenhaushalten, während die Selbstständigenhaushalte angesichts schwächer zunehmender Vermögens- und Gewinneinkommen etwas zurückfallen. Gleichzeitig zementieren sich die Ungleichheiten zwischen Ein- und Zweipersonenhaushalten, die aufgrund des demografischen Wandels an Bedeutung gewinnen, und Familienhaushalten. Die steigende Anzahl der Ruhestandlerhaushalte beansprucht bis 2030 immer größere Anteile der gesamten Einnahmen und Ausgaben für sich und prägt damit die Konsumstruktur, die sich dadurch immer weiter hin zu Dienstleistungen verschiebt. Szenarienergebnisse zeigen insbesondere, dass eine ökologisch nachhaltigere Konsumweise Wachstum, Beschäftigung und die Teilhabemöglichkeiten verbessern kann. Außerdem verursacht eine Verteuerung der Nahrungsmittelpreise steigende Einkommens- und Konsumdisparitäten und wirkt zudem wachstumshemmend. Mieterhöhungen führen schließlich zu einem eingeschränkten Konsum soziokulturell teilhaberelevanter Güter und führen zu größeren Ungleichheiten zwischen Besitzern und Nichtbesitzern von Wohneigentum.

Autor/inn/en: Loreto Bieritz/Thomas Drosdowski/Britta Stöver/Ines Thobe/Marc Ingo Wolter

Kapitel 18: Konsumteilhabe nach Wohlstandsschichten – verbreitete Defizite

Ungleichheiten der Einkommens- und Vermögensverteilung führen zu gravierenden Diskrepanzen von direkten Teilhabeindikatoren der Mittelverwendung. Nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) 2003 und 2008 kann die Gruppe in materieller Armut für den Konsum nur etwa die Hälfte des Gesamtdurchschnitts aufbringen. Demgegenüber wird bei reicher Ressourcenausstattung ungefähr das 1,5fache des Gesamtdurchschnitts für Konsumzwecke ausgegeben, und zudem verbleibt etwa ein Fünftel der Einnahmen für die Vermögensbildung. Während des Beobachtungszeitraums hat sich die Konsumteilhabe im Armutssegment tendenziell, bei einzelnen Gruppen sogar drastisch vermindert. Unter Berücksichtigung von Konsumstrukturen zeigt sich, dass die Konsequenzen materieller Armut für die Betroffenen wesentlich einschneidender sind als aus gängigen Indikatoren ersichtlich: Da in den unteren Wohlstandsschichten an Ausgaben für Grundbedarfe nicht oder kaum gespart werden kann, wirken sich real oder gar nominal sinkende Einkommen umso stärker einschränkend auf die soziale Teilhabe aus.

Autorin: Irene Becker

Kapitel 19: Zunehmende Gefährdung des Lebensstandards im Alter

Während klassische Konzepte der indirekten Armutsmessung monetäre Ressourcen und insbesondere das Einkommen in den Fokus der Analysen stellen, ist im Teilhabeansatz auch die Verwendung vorhandener Ressourcen von Bedeutung. Auf Basis von Analysen mit den Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes 1998–2013 kann gezeigt werden, dass der Anteil von Personen mit reicher Ressourcenausstattung, d. h. mit überdurchschnittlichem Einkommen und Vermögen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren im Zeitverlauf gesunken ist. Entsprechend höher stieg der Anteil an Personen mit gefährdeter Teilhabe im Rahmen der Wohlfahrtsschichtung. Es zeigen sich zunehmende Einschränkungen der Konsumteilhabe im Sinne von einem gestiegenen Ausgabenanteil für Grundbedarfe und geringeren Anteilen von Konsumbereichen wie Freizeit, Unterhaltung und Kultur, wovon vor allem Personen betroffen sind, die vor dem 65. Lebensjahr im Ruhestand oder arbeitslos sind oder Sozialleistungen beziehen. Längsschnittuntersuchungen des Lebensstandards mit dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) bestätigen diesen Befund. Personen vor der ehemals gültigen Regelaltersgrenze von 65 Jahren müssen heute (Stand 2013) häufiger auf Konsumgüter aus finanziellen Gründen verzichten, als dies für diese Altersgruppe noch vor einigen Jahren der Fall war. Auch innerhalb der bestehenden Generation von Personen im Ruhestand zeigt sich tendenziell, dass ältere Generationen besser gestellt sind als Kohorten, die erst später eine Altersrente bezogen haben. Haushalte, in denen keine oder nur geringe Umverteilung von Einkommen stattfinden kann (Einpersonenhaushalte, Haushalte mit Sozialhilfebezug, Vorruhestandsbezug etc.), zeigen ein deutlich erhöhtes Risiko materieller Armut. Die identifizierten Muster besitzen nicht nur bei der Analyse von Konsum und Lebensstandard Gültigkeit, sondern auch bei der Betrachtung sozialer Teilhabe. Haushalte und Personen mit unterdurchschnittlicher Ressourcenausstattung engagieren sich signifikant weniger häufig politisch und bürgerschaftlich. Darüber hinaus pflegen sie seltener regelmäßige Beziehungen mit Freunden und Verwandten und partizipieren nur unterdurchschnittlich am kulturellen Leben. Insgesamt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die Teilhabe und Teilhabemöglichkeiten insbesondere bei den „Jungen Alten“ in den letzten 10 bis 15 Jahren gesunken sind.

Autoren: Markus Holler/Constantin Wiegel

Kapitel 20: Armutskonsum: Ernährungsarmut, Schulden und digitale Teilhabe

Kapitel 20 untersucht Armutskonsum auf Basis einer qualitativen Sekundäranalyse der Paneldaten „Armutsdynamik und Arbeitsmarkt“ und unter Einbezug quantitativer Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Die Befunde bestätigen im Einklang mit Analysen der EVS eine zunehmende Einschränkung der Konsummöglichkeiten im Hilfebezug. Betroffenen Haushalten gelingt es immer weniger, konsumvermittelt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, auch die Sicherung physiologischer Grundbedürfnisse ist davon betroffen. Qualitative Ergebnisse verweisen auf die Existenz von Ernährungsarmut in Deutschland und beschreiben Bewältigungsstrategien und deren Grenzen. Sie zeigen (subjektive) Belastungskonstellationen durch Verschuldung und zeichnen die Nutzung von Schulden zur Sicherung konsumvermittelter gesellschaftlicher Teilhabe nach. Zudem werden Bezüge zu quantitativen Auswertungen der EVS hinsichtlich der Entwicklung von Schulden im niedrigen Einkommensbereich hergestellt. Schließlich wird digitale Teilhabe und Armutskonsum untersucht, wobei verschiedene IT-Konsumarten sowie entsprechende Einschränkungen von IT Konsum mit ausgrenzender Wirkung identifiziert werden.

Autor/in: Sabine Pfeiffer/Tobias Ritter

Kapitel 21: Ökologisch nachhaltiger Konsum und ungleiche Teilhabe

Das Kapitel untersucht anhand der SOEP-Innovationsstichprobe 2012, inwieweit durch Ungleichheit Teilhabe am nachhaltigen Konsum beeinträchtigt wird. Als ökologisch nachhaltiger Konsum wird dabei Verhalten verstanden, das einen Beitrag zur Minderung der Umweltprobleme leistet oder deren weitere Verstärkung verhindert, hier am Beispiel des Kaufs von Bio-Lebensmitteln und des Autoverzicht für innerstädtischen Verkehr. Die Befragten möchten meist zur Nachhaltigkeit beitragen, doch sie nehmen ihren Entscheidungsspielraum dafür als ausbaufähig wahr. Ökologisch nachhaltiger Konsum ließe sich daher durch Erleichterung der Teilhabemöglichkeiten stärken. Hohes Einkommen bestärkt die Neigung, Bio-Lebensmittel zu kaufen, jedoch nicht den Autoverzicht. Wessen Erwerbsverlauf instabil ist, kauft weniger Bio-Lebensmittel, nimmt seinen Entscheidungsspielraum als beschränkt wahr und hat subjektiv ein Gefühl von Unsicherheit, das die Zukunft als wenig planbar und den Bio-Kauf als Luxus erscheinen lässt. Ein Übergang zu nachhaltiger Entwicklung bedarf daher einer sozialpolitischen Komponente.

Autor/in: Ortrud Leßmann/Torsten Masson

Kapitel 23: Digitalisierung – eine gesamtwirtschaftliche Sicht

Der Beitrag untersucht, welche potentiellen Auswirkungen die Digitalisierung als einer der im Hintergrund wirkenden potentiellen Haupttreiber für die Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten hat.

Es zeigt sich, dass die Digitalisierung und die damit einhergehenden Veränderungen der Informations- und Kommunikationstechnologie dazu beigetragen haben, dass das langfristige reale Zinsniveau in den letzten 20 Jahren stark gesunken ist. Es wird argumentiert, dass diese Tendenz prospektiv sich nicht wesentlich verändert, so dass soziale und ökonomische Teilhabebedingungen in einem dauerhaften Niedrigzinsumfeld vor große Herausforderungen gestellt werden. Diese Entwicklungen werden noch verstärkt durch die Veränderungsdynamik, die die Digitalisierung in der Arbeitswelt und den Finanzsystemstrukturen verursacht.

Autoren: Marcel Tyrell

Kapitel 24: Ein Teilhabekorridor für nachhaltige Entwicklung

Die globale Agenda 2030 der UN setzt einen integrierten normativen Rahmen mit dem Ziel, die bestehenden Produktions- und Sozialmodelle mit den planetarischen Grenzen für einen ökologisch nachhaltigen Entwicklungspfad vereinbar zu machen. Dies hat Konsequenzen für die an Teilhabe orientierte Wohlfahrtsmessung. Die aktuellen Reduktionsziele bspw. der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie können – so zeigen Projektionen und Szenariorechnungen – nicht ohne grundlegende Transformation erreicht werden. Diese wird jedoch nur stattfinden, wenn sie gesellschaftlich getragen wird und demokratisch legitimiert ist. Dazu müssen sowohl ein ausreichendes Maß an Teilhabe für die Armutsbevölkerung der OECD-Welt erreicht wie auch Obergrenzen für volle und uneingeschränkte Teilhabe eingehalten werden. Die ökologischen Grenzen werden aus naturwissenschaftlichen Abschätzungen abgeleitet, aber ein derartiger Korridor für zu sichernde Teilhabe muss normativ begründet und durch sozioökonomische Indikatoren beschrieben werden. Sozialberichterstattung ist daher im Rahmen von Nachhaltigkeitsstrategien gefordert.

Autor/inn/en: Peter Bartelheimer/Thomas Drosdowski/Ortrud Leßmann